

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 42.

Freitag, den 25. Mai

1894.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Brauereibesizers Hermann Paul Selbrich in Herzogswalde ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

den 20. Juni 1894, Vormittags 9 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Wilsdruff, am 23. Mai 1894.

Beif., Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Tagesgeschichte.

Mit Ausnahme der Erhöhung der Börsensteuer, deren finanzieller Erfolg sehr zweifelhaft ist, hat der Reichstag es abgelehnt, eine Reichsfinanzreform in dem Sinne anzubahnen, daß das Reich seine Ausgaben aus eigenen Quellen völlig bestreiten kann. Da müssen denn zur Deckung bereits beschlossener Ausgaben wieder die Matricularbeiträge, diese ungerechte Kopfsteuer, herhalten. Für Bayern beträgt die Steigerung in der Budgetperiode 1894/95 jährlich 5 Millionen. Darüber sind nun die Clerikalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten im bayerischen Landtage ganz außer sich; dieselben Leute, die selbst als Abgeordnete oder durch ihre Freunde im Reichstage die Vermehrung der Reichseinnahmen zu Falle brachten, sind sehr erbittert, wenn sie nun in die Tasche des Einzelstaates greifen müssen, um unerläßliche Reichsausgaben zu bestreiten. Wir sind nicht der Dünghaufen für irgend einen Raub der Politik von Blut und Eisen", rief Abgeordneter Rabinger geschmackvoll aus. Dretter will, daß man im Bundesrathe zur Herbeiführung des Bälgerfriedens nicht nur militärische Machtmittel, sondern auch Friedensmittel in Erwägung ziehen sollte. Andere Redner warnen, mit dem tiefen Verständniß, daß man am Fuße der Alpen für solche Dinge natürlich hat, vor weiteren Morineforderungen und ermahnen Bayern zur striktesten Sparsamkeit im Bundesrathe. Diesen Klagen und Beschwerden trat Finanzminister Freiherr v. Riedel mit würdigem Nachdruck entgegen: Das deutsche Reich sei nicht die Frucht einer Politik von Blut und Eisen, sondern der Einigung und einer entsprechenden Nachstellung Deutschlands sich endlich durchgerungen habe. Solange das deutsche Volk deutsch fühle, werde das Reich fortbestehen. Diese Stellung erfordert natürlich auch Opfer, aber für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes dürften die dargebrachten Opfer nicht zu hoch erscheinen. Die bayerische Regierung dringe auch im Reich auf Sparsamkeit und schon Dugende von Einsprüchen seien von dem Finanzministerium erhoben worden. Wenn es sich aber um die Sicherheit des Reichs handle, könne der Finanzminister allein nicht das entscheidende Wort haben, sondern das ganze Volk und die ganze Regierung. Den Vorwurf des Chauvinismus müsse er zurückweisen. Das Deutsche Reich ist und war bisher der Weltfriede. Diese Friedensliebe hat das Reich auch bei den handelspolitischen Verträgen bewiesen, worüber aber gerade jene Herren Vorwürfe erheben. Soweit mit der Sicherheit des Reichs vereinbar, wird die Regierung alles thun, auf Ersparungen zu dringen.

Die bayerische "Königsfrage" scheint ihrer Lösung ernstlich entgegenzugehen. Es heißt, die bayerische Reichsrathskammer habe nach zwei geheimen Sitzungen sich zustimmend zur Entmündigung des geisteskranken Königs Otto und zum Uebergang der Königswürde auf den Prinz-Regenten Luitpold ausgesprochen. Man glaube, daß die Abgeordnetenkammer gleiche Beschlüsse fassen werde. Natürlich können diese Nachrichten zunächst nur unter aller Reserve wiedergegeben werden.

Welche Opfer die Lungenseuche beim Rindvieh erfordert, ersieht man aus einer amtlichen Zusammenstellung über die behufs Seuchentilgung getödteten Stück, welche den Ausführenden Gesandten zur Viehseuchenkommission beigegeben ist, wie er kürzlich dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen ist. Danach sind innerhalb Preussens während der sieben Jahre von 1887 bis 1893 an Entschädigungen für auf polizeiliche Anordnung behufs Tilgung der Lungenseuche getödtete Stück Rindvieh von den Provinzial-, bezw. Kommunalverbänden nicht weniger als 1336065,06 M. und aus der Staatskasse 270483,93 M. gezahlt worden. Die Lungenseuche beim Rindvieh hat also in einem siebenjährigen Zeitraum an solchen Entschädigungen die Summe von rund 1,6 Millionen erfordert.

In der Nähe des kaiserlichen Palastes zu Petersburg sollen neuerdings mehrere Bomben gefunden worden sein. Es erfolgten bereits wieder zahlreiche Verhaftungen. — Man schreibt aus Petersburg, daß die nach allgemeiner Auffassung unnatürliche Geschäftslage auf dem russischen Getreidemarkt vorherrschend bleibt. Als unnatürlich muß es allerdings bezeichnet werden, wenn in den Kreisen der russischen Landwirthe und Getreidehändler während des Balkankrieges darauf gerechnet wurde, daß mit dem Abschluß des Handelsvertrages die Getreidepreise

auf den inneren Märkten Rußlands eine Steigerung erfahren werden, und daß man jetzt in diesen Kreisen darüber enttäuscht ist, daß diese Preissteigerung nicht eintreten will. Im Südwesten Rußlands macht sich sogar ein Sinken der Getreidepreise bemerkbar, namentlich für Weizen. Größerer Export ist gegenwärtig nur für Hafer zu konstatiren und zwar hauptsächlich über Vebau; dagegen will sich der Export von Roggen und Weizen trotz des Handelsvertrages nicht heben.

Guillotine, Pulver und Blei haben heute in Frankreich bezw. in Spanien die menschliche Gesellschaft von einigen anarchoistischen Mordgesellen befreit, deren Ideal die Herbeiführung des allgemeinen Chaos, deren ziel führendes Mittel die Massentödtung Unschuldiger bildete. Sie sind ihres Zeichens nicht die ersten gewesen und werden auch schwerlich die letzten sein, welche das auf seine kulturellen Errungenschaften stolze Geschlecht die Gegenwart daran erinnern, daß alles seine zwei Seiten hat und daß den hellsten Lichteffekten die schwärzesten Schlaglichter entsprechen. Insofern könnte man den sozialdemokratischen Anwälten eines Henry, Bailliant, Raaschol u. zugeben, daß ihre Schützlinge in den Rahmen des herrschenden Kulturzustandes gehören. Aber wenn nun wieder zugunsten dieser Dynamitwüthiger dahin plaidirt wird, daß sie unzurechnungsfähig und deshalb außer Verfolgung wie Strafe zu setzen seien, so könnte man ebensowohl behaupten, daß, weil auch Krankheiten zu den unvermeidlichen und notwendigen Uebeln der Menschheit gehören, deshalb alle sanitäre Aktion zu verwerfen und den Seuchentkern in ihrem Vernichtungsfeldzuge gegen die Gesunden völlig freie Hand zu lassen sei. So wenig nun aber unter vernünftigen Menschen davon die Rede ist, den körperlichen Seuchen gegenüber die Hände in den Schoß zu legen, so wenig kann man dem Staat und der Gesellschaft zumuthen, einer sittlichen Verrohung freien Lauf zu lassen, welche den Neuchelmond durch Sprengbomben als Selbstzweck betreibt und zur Erreichung ihrer frivolsten Absichten alle Schandthaten für erlaubt erklärt. Wer dem Staate und der Gesellschaft das Recht der Nothwehr gegen anarchoistische Mordbanditen abspricht, macht sich im Prinzip zum Genossen der letzteren. Nach einem alten deutschen Sprichwort ist der Fehler nicht besser wie der Stehler, und die Fanatiker der That sind immer noch weniger verächtlicher als jene feigen Seelen, die in Wort und Schrift die Saat austreuen, welche Früchte wie Henry aufgehen und reifen läßt.

Paris, 21. Mai. Der Anarchist Emile Henry ist heute früh gegen 4 1/2 Uhr hingerichtet worden. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Nach der Hinrichtung Henry's wurden drei Individuen, von denen der eine ein Hoch auf die Anarchie, die anderen Hochrufe auf Henry und die Commune ausgebracht hatten, verhaftet.

Ein französischer Armee-corps-Commandant hat sich in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des "Figaro" für eine allgemeine Abrüstung ausgesprochen, da solche für Frankreich günstig wäre. Weiter hat der nämliche hohe Militär, nach dem "Figaro", hierbei auf das Schwinden des militärischen Geistes in Frankreich, auf die Schwächung der militärischen Disciplin und Autorität im Vergleiche zu Deutschland hingewiesen und dann auf das Zurückbleiben Frankreichs gegenüber Deutschland in Bezug auf die Mobilisierungsfähigkeit betont. Was werden wohl die Revanchepatrioten zu diesen Bekenntnissen eines französischen Generals sagen? Charakteristischer Weise hält übrigens auch der besagte Corpscommandant an der Anschauung fest, daß die elssch-lotbringische "Frage" das einzige Hinderniß der allgemeinen Abrüstung bilde.

Barcelona, 21. Mai. Die zum Tode verurtheilten Anarchisten sind heute Morgen 4 Uhr in der Sidabelle Montzerik erschossen worden.

Serbien steht anscheinend am Vorabend großer Ereignisse. Es ist eine Verschwörung der Radikalen gegen das Königshaus entdeckt worden, die Präsidentenfamilie Karageorgiewitsch soll mit dem Verschwörern unter einer Decke stecken. Im ganzen Lande herrscht große Aufregung, die Truppen sind allenthalben conflagrant. Es heißt, die Regierung des Königs Alexander plane die Aufhebung der Verfassung.

Der junge König von Serbien hat den angekündigten zweiten Staatsstreik gewagt und durch einen neuen selbstherrlichen Ukaß die serbische Verfassung, die im Jahre 1888

auf Grund einer Uebereinkunft zwischen dem König Milan und den Radikalen zustande gekommen war, wieder aufgehoben. Zuerst hatte das Ministerium dem Könige vorgeschlagen, die Gesetze über die Gerichtshöfe, über die Presse, die Vereine und Versammlungen abzuändern und von der nächsten Stupschina die Genehmigung der Aenderungen zu verlangen. König Alexander hielt diesen Vorschlag für nicht entsprechend, auch wollte er nicht, daß das Ministerium eine Verantwortung dafür übernehme. Darauf gab das Kabinett seine Entlassung. König Alexander nahm diese an und unterzeichnete sodann um 11 Uhr nachts eine Proklamtion an das serbische Volk. Mit diesem Gewaltstreich ist endgiltig die bisher versuchte Politik der Verwaltung aufgegeben worden. Noch in letzter Stunde dementirte man in Regierungskreisen, daß die Absicht der Aufhebung der Verfassung bestehe und daß es sich einstweilen nur darum handle, solche Maßregeln zu treffen, welche dem königl. Ukaß, betreffend die Repatriirung der Eltern des Königs, Geltung sichern sollten. Von vornherein war aber klar, daß diese Repatriirung nur in Widerspruch mit der bestehenden Verfassung erfolgen könnte, da der Kassationshof den Ukaß des Königs für ungiltig erklärt hatte. Es blieb der Regierung nur die Alternative, entweder die Verfassung offen zu verlegen oder sie überhaupt aufzuheben. Mit dem letzteren Schritt hofft man die Uebermacht der Radikalen bei den Wahlen zur Stupschina brechen zu können, zumal, wenn gleichzeitig die Selbständigkeit der Gemeinden, auf der zum großen Theil der Einfluß der Radikalen beruht, wieder beseitigt wird. Es fragt sich, ob die Radikalen diesen Schritt unerbittert lassen werden, oder ob es zu einem offenen Widerstand kommen wird, der unter Umständen, obwohl der König über die Armee verfügt, doch für die bestehende Dynastie verhängnißvoll werden könnte. Der serbische Botschafter in Wien, Simitsch, berichtete Kalnochy über die serbischen Vorgänge und gab ihm besonders über die Entdeckung der Verschwörung zu Gunsten der Karageorgiewitsch weitgehende Aufklärungen. Der "Deutsch. Ztg." zufolge soll die hochverräterische Verbindung eines Theiles der radikalen Parteiführer mit Karageorgiewitsch zum Sturze der Dynastie Obrenowitsch zweifellos sein. Der zweite serbische Präsident, mit dem die Radikalen verhandeln, ist ein Enkel des alten Fürsten Milosch, nämlich der junge 37jährige Lodorowitsch, ein Sohn des ermordeten Fürsten Michael. Nach einem Bericht des "N. Wien. Tagbl." ist festgestellt worden, daß Gebinag dem Prinzen Peter Karageorgiewitsch ein Schreiben des bekannten Popen Gjurnitsch überbrachte, worin dieser Bürgerschaft bezüglich der bäuerlichen Bevölkerung bei einer allfälligen Erhebung gegen die Dynastie Obrenowitsch anbot. Anfangs April erhielt Milan eine vertrauliche Anzeige über die Verschwörung. Aus dem bei Gebinag aufgefundenen chiffirten Notizbuch ging hervor, daß die Verschwörer König Alexander und Milan bei einem Spaziergang festnehmen und zu Schiff nach Semlin bringen wollten. Inzwischen sollte in Belgrad die Absetzung der Dynastie Obrenowitsch und die Ausrufung des Prinzen Peter zum König proklamirt werden.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Kommenden Sonntag veranstaltet Herr Schießhausbesitzer Schumann in seinem gänzlich neu renovirten Saale ein "Extralonzett", gespielt von unserer Stadtkapelle. Ein gut gewähltes Programm wird den zu erhoffenden zahlreichen Besuchern einige angenehme, genußreiche musikalische Stunden bieten.

— Kesselsdorf. Am 19. Mai hielt der hiesige landwirthschaftliche Verein seine letzte Versammlung, welche leider nur mäßig besucht war, für den Winter 1893/94 im Gasthof zur Krone ab. Nachdem der Vorsitzende Gutsbesitzer Striegler-Kesselsdorf die Anwesenden begrüßt und 2 verstorbener Mitglieder ehrend gedacht hatte, wurden zunächst die vorliegenden Tagesfragen erledigt und 3 neue Mitglieder aufgenommen. Alsbald erhielt Cantor Matthes das Wort zu einem Vortrag über die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland im letzten Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung des Lebens und Wirkens "Albrecht Daniel Thaer" geboren am 14. Mai 1752 zu Gelle, gestorben am 29. Oktober 1828, des wissenschaftlichen Begründers einer rationalen Landwirtschaft. Aus dem sehr erläuternden Vortrag ging hervor, daß Thaer, gleich